

Inhalt

Themenschwerpunkt: Postkolonialität und die Krise der Demokratie

Jeanette Ehrmann

Editorial der Gastherausgeberin..... 147

Übersetzung

Luciana Ballestrin

Postkoloniale Ungleichheiten im globalen Entdemokratisierungsprozess

Die Abwesenheit des Globalen Südens in der Debatte um die Krise liberaler

Demokratien 162

Abhandlungen

Ina Kerner

Zur Kolonialität der liberalen Demokratie 182

Oliver Eberl

Indigene Bürgerschaft als Herausforderung für die Demokratietheorie 200

Gundula Ludwig

Demokratie und die Kolonialität der Gewalt. Konstitutive Verwobenheiten und

aktuelle Verdichtungen..... 218

Weitere Abhandlungen

Marco Bitschnau

Sexualpolitische Dimorphismen

Populistischer Homozivilisationismus als rechtes Zukunftsprojekt..... 238

Skadi Krause

Die Figur des aktiven Bürgers in der politischen Ideengeschichte. Republikanisches

Ethos und demokratisches Selbstverständnis 256

Rezensionen*Eric Otieno Sumba*

Die euro-nordatlantische Demokratiekrise als Kehrseite der Krise postkolonialer
Selbstbestimmung 272

Tobias Schottdorf

Die Wiederkehr des nie Verschwundenen: Zur Relevanz der Ideologieforschung..... 278

Zur Kolonialität der liberalen Demokratie

Ina Kerner*

Schlüsselwörter: Demokratie, Demokratisierung, Imperialismus, Indigenität, Kolonialismus, Postkolonialismus, Rassismus

Abstract: Eine Krise der liberalen Demokratie wird in letzter Zeit häufig beschworen; ihre Kolonialität wird dabei selten berücksichtigt. Dieser Aufsatz zeigt auf, wie eine solche Berücksichtigung aussehen könnte. Unter Rückgriff auf ausgewählte Positionen der postkolonialen Theorie macht er in einem ersten Schritt die These stark, dass die westliche Demokratie der Neuzeit von Anbeginn durch koloniale Macht- und Herrschaftskonstellationen geprägt war. In einem zweiten Schritt verdeutlicht der Aufsatz, dass selbst westliche Modelle der Demokratie von nicht-westlichen Quellen gespeist sind. Ferner diskutiert er nicht-westliche demokratische Regierungssysteme, die von Maßstäben guter Regierungsführung getragen sind, die westliche Modelle liberaler Demokratie vergleichsweise undemokratisch aussehen lassen. Das Fazit geht der Frage nach den theoretischen und praktischen Implikationen der postkolonialen Demokratiekritik nach.

Abstract: A crisis of liberal democracy has in the last years been frequently invoked; its coloniality is rarely considered. This essay shows how such a consideration might look like. Drawing on select authors in the field of postcolonial theory, the essay first makes the case that Western democracy in the modern era was shaped by colonial constellations of power and domination from the very beginning. In a second step, the essay illustrates that even Western models of democracy are fed by non-Western sources. Further, it discusses non-Western democratic systems of governance that are driven by standards of good governance that make Western models of liberal democracy look comparatively undemocratic. The conclusion discusses theoretical and practical implications of a postcolonial critique of democracy.

Folgt man der traditionellen Erzählung der Politischen Theorie und orientiert sich zu diesem Zweck an der Themenauswahl vorliegender Überblicksbände, liegen die Anfänge der Demokratie als Prinzip der Volksherrschaft im antiken Griechenland; später, mit Beginn der Neuzeit, setzte dann eine quasi-lineare Entwicklung demokratischen Fortschritts ein, die bis heute andauert – unterbrochen allenfalls vom Nationalsozialismus (vgl. Meier 1983; Massing/Breit 2003; Schmidt 2019). „From Plato to NATO“ lautet die Kurzformel dieses Narrativs seit geraumer Zeit in den USA (vgl. Redhead 1984, 1995; Gress 1998). Es ist kein Zufall, dass der Kontext dieser Erzählung der Westen ist. Demokratie erscheint dabei als Errungenschaft und Gütesiegel der westlichen Welt zugleich. Entsprechend bemüht sich der Westen auch um die Verbreitung demokratischer Regierungsformen anderswo – sei es durch Maßnahmen der

* Ina Kerner, Universität Koblenz-Landau
Kontakt: kerner@uni-koblenz.de

Demokratieförderung im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit, oder durch Kriege wie in den vergangenen Jahrzehnten in Afghanistan und im Irak.¹ Demokratie wird hier – so könnte man zuspitzen – als westliche Erfindung vorgestellt und die liberale Demokratie als Erfolgsmodell.

Diese Sicht wird jedoch zunehmend fragwürdig. Nicht nur haben sich die genannten Kriege als wenig produktiv erwiesen – stabile demokratische Zustände herrschen gegenwärtig weder im Irak noch in Afghanistan. Auch das Modell der liberalen Demokratie scheint an vielen Orten der Welt an seine Grenzen zu stoßen und Akzeptanz zu verlieren. Unterschiedliche Indizien legen dies nahe. Die liberale Demokratie wird ausgehöhlt durch nepotistisches Regierungshandeln wie aktuell in Nicaragua, sie begegnet marginalisierten Bevölkerungsgruppen mit Gewaltanwendung wie in vielen Staaten dieser Welt – man denke nur an die Anlässe für die inzwischen transnationalen Proteste von *Black Lives Matter* – oder sie spült zumindest zeitweise populistische, in vielen Fällen rechtspopulistische Regierungen an die Macht: von Indien über die USA bis Brasilien, von Guatemala bis Ungarn und Polen.

In den transdisziplinären post- und dekolonialen Studien werden diese Umstände seit längerem reflektiert. So vertritt etwa Ileana Rodríguez die These, dass die zentralen Prinzipien der liberalen Demokratie – Repräsentation, Rechtsstaatlichkeit, verfassungsrechtliche Bestandsgarantien und eine Grundrechtsgarantie – an die Grenzen ihrer Passfähigkeit geraten, wenn sie auf lateinamerikanische Länder mit ihren spezifischen, historisch bedingten Kontextbedingungen bezogen werden. Nicht zuletzt extremer, staatlich sanktionierter Terror gegen Segmente der je eigenen Bevölkerung und massive kulturelle Konflikte stellen Rodríguez zufolge Bedingungen dar, die sich dem analytischen, auch kritischen Vokabular des Liberalismus entziehen. Selbst in normativer Hinsicht sei dieser daher von begrenzter Brauchbarkeit; er habe weder passförmige Analysen und Problematisierungen anzubieten, noch gangbare Strategien (vgl. Rodríguez 2009: 10 f., 3).

Ähnlich argumentiert Fernando Coronil, der Gegenwartsprobleme lateinamerikanischer Demokratien nicht zuletzt auf die sozialen und ökonomischen Kriseneffekte der neoliberalen Strukturanpassungsmaßnahmen der vergangenen Jahrzehnte zurückführt. Ferner weist er darauf hin, dass den jüngeren demokratischen Transformationen auf dem Kontinent eine Phase der Militarisierung vorausging, von der man nicht erwarten kann, dass sie spurlos geblieben ist. Coronil macht auf die Schwierigkeiten aufmerksam, unter diesen Bedingungen eine demokratische Kultur, Vertrauen in demokratische Institutionen und Zuversicht hinsichtlich von Stabilität und Resilienz der politischen Ordnung zu entwickeln oder gar zu erzeugen (vgl. Coronil 2019: 237). De facto seien viele junge lateinamerikanische Demokratien vom „Venezuela-Syndrom“ gekennzeichnet: der Legitimität alter Eliten, einem Demokratieverständnis, das sich auf prozedurale Fragen beschränkt, der politischen Nichtbefassung mit konfliktiven Themen, der Marginalisierung der politischen Linken sowie der Stärkung der Exekutive gegenüber den Parlamenten und von Führerfiguren gegenüber Parteien (vgl. ebd.: 232). Dass diese Faktoren eher auf schwache, eingeschränkte als auf starke Formen der Demokratie verweisen, ist offensichtlich. Ferner fällt auf, dass sich die Diagnose des „Venezuela-Syndroms“ – die Coronil einem Aufsatz des Lateinamerikanisten Paul

1 Die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (giz) beispielsweise fördert mit Blick auf Staat und Demokratie nach eigenem Bekunden unterschiedliche Aspekte von Good Governance (<https://www.giz.de/fachexpertise/html/59888.html>; 20. 12. 2021); die United States Agency for International Development (USAID) schreibt die Demokratieförderung ebenfalls zentral auf ihre Fahnen (<https://www.usaid.gov/democracy-is>; 20. 12. 2021).

Indigene Bürgerschaft als Herausforderung für die Demokratietheorie

Oliver Eberl*

Schlüsselwörter: Kolonialismus, Bürgerschaft, Unabhängigkeit, Indigene, Demokratietheorie

Abstract: In der Demokratietheorie wird Bürgerschaft als Vereinigung von Freien und Gleichen zur Selbstgesetzgebung verstanden. In kolonialen Staaten kann diese Vereinigung nur gelingen, wenn die indigene Bevölkerung entweder komplett exkludiert oder komplett assimiliert wird. In beiden Varianten verlängert Bürgerschaft den Kolonialismus. Daher muss Bürgerschaft in postkolonialen Situationen anders gedacht werden. Indigene Bürgerschaft in ehemals kolonialen Siedlerstaaten stellt eine Form indigener Selbstbestimmung unterhalb staatlicher Souveränität dar. Der Beitrag deutet diese Form der Bürgerschaft als ursprünglichen antikolonialen Souveränitätsanspruch indigener Gruppen. Es wird gezeigt, dass dieser Anspruch von Iris Marion Young und Will Kymlicka in ihren Theorien multikultureller Bürgerschaft, die sich als eine der wenigen um die Berücksichtigung indigener Gruppen bemühen, falsch verstanden und übergangen wurde. Am Beispiel der Unabhängigkeitsreferenden in Neukaledonien wird die Herausforderung, vor der die indigene Bürgerschaft die Demokratietheorie stellt, verdeutlicht: Zur Integration indigener Bürgerschaft in die Demokratietheorie bedarf es einer Theorie der Bürgerschaft, die geteilte Souveränitätsansprüche und abweichende Mitgliedschaftskriterien anerkennt und integriert.

Abstract: In democratic theory, citizenship means the union of the free and the equal for self-legislation. In colonial states, this association can only succeed if the indigenous population is either completely excluded or completely assimilated. In both variants, citizenship prolongs colonialism. Therefore, democratic theory needs to think citizenship in post-colonial situations differently. Indigenous citizenship in former colonial settler states represents a form of indigenous self-determination below state sovereignty. This article interprets this form of citizenship as genuine anti-colonial claim to sovereignty of indigenous groups. It shows that this claim has been misunderstood and overlooked by Iris Marion Young and Will Kymlicka in their theories of multicultural citizenship, which are among the few to take indigenous groups into account. The example of the independence referendums in New Caledonia illustrates the challenge that indigenous citizenship poses to democratic theory: integrating indigenous citizenship into democratic theory requires a theory of citizenship that recognises and integrates shared claims to sovereignty and divergent membership criteria.

* Oliver Eberl, Leibniz Universität Hannover
Kontakt: o.eberl@ipw.uni-hannover.de

1. Einleitung: Bürgerschaft und indigene Selbstbestimmung¹

Weltweit leben etwa 370 Millionen Indigene in 70 Staaten. In der Satzung des World Council of Indigenous Peoples (WCIP) werden indigene Gemeinschaften als ursprüngliche Bevölkerung bestimmt: „Indigene Völker bestehen aus Menschen, die in Ländern mit unterschiedlichen ethnischen oder rassischen² Gruppen leben, die von der frühesten Bevölkerung abstammen, die in diesem Gebiet überlebten und die als Gruppe nicht die nationale Regierung der Länder kontrollieren, in denen sie leben“ (Übersetzung nach Amnesty 2022). Dieses Schicksal unterscheidet sie von anderen Minderheiten und die Selbstidentifikation macht sie zu einer definierten Gemeinschaft. Indigene Völker befinden sich in einer Vielzahl von Kämpfen um kulturelle und politische Rechte. Indigene Bürgerschaft als besondere Form der politischen Selbstbestimmung für diese ursprüngliche Bevölkerung ist ein zentrales Feld dieser Kämpfe.

Wo antikoloniale Befreiungsbewegungen, wie in Indien, in nationale Unabhängigkeit und Souveränität mündeten, kam es zu postkolonialer Bürgerschaft. „Postcolonial citizenship is the status, and the rights and obligations associated with it, of individuals and groups in independent, often multiethnic, states formerly controlled by European powers“ (Sadiq 2017: 178). In Siedlerstaaten, in denen keine Unabhängigkeit erreicht werden konnte, entwickelten sich Kämpfe um indigene Bürgerschaft, die mehrere Ebenen umfassen: „Indigenous Citizenship‘ encompasses a range of conceptual frameworks denoting cultural and political membership in an indigenous community, participation in indigenous law-making, and a distinctive legal status governing the relationship between indigenous citizens and tribal or settler governments“ (Gover 2017: 454). Indigene Bürgerschaft repräsentiert die speziellen Selbstbestimmungsrechte indigener politischer Einheiten. Sie steht für einen antikolonialen Anspruch auf ursprüngliche Souveränität. Dieser wird hier im Zentrum der Betrachtung stehen. Häufig gerät dieser Anspruch auf indigene Souveränität in Konflikt mit staatlicher Souveränität. Die Beschränkung auf kulturelle Selbstverwaltung oder territoriale Autonomie ist in vielen Fällen ein durch die Kräfteverhältnisse des ursprünglich kolonialen Staates bestimmtes Zwischenergebnis dieses antikolonialen Kampfes.³

Dies lässt sich gut im Völkerrecht erkennen. In den letzten Jahrzehnten hat die internationale Selbstorganisation indigener Völker zu einer verbesserten politischen Sichtbarkeit geführt (vgl. Ryser 2013). Auch können indigene Völker mittlerweile auf verschiedene internationale menschenrechtliche Abkommen Bezug nehmen (zur Übersicht vgl. Mende 2015, Kap. 3). Die Erklärung der Generalversammlung der Vereinten Nationen über die Rechte der indigenen Völker von 2007 (UN 2007), die zwar völkerrechtlich nicht verbindlich ist, doch als Maßstab der Behandlung indigener Völker dient, erkennt die Rechte indigener Völker zur kulturellen und politischen Selbstbestimmung pauschal an. Daher überrascht es auch nicht, dass Australien, Kanada, Neuseeland und die USA 2007 zunächst gegen die Erklärung stimmten. Doch geht die Erklärung längst nicht so weit, diese Rechte unbedingt anzuerken-

1 Ich danke der Herausgeberin des Schwerpunkts, Jeanette Ehrmann, sowie der/dem anonymen Gutachter*in für wertvolle Hinweise, die sehr zur Klärung meines Punktes beigetragen haben.

2 Der englische Begriff „racial“ wird hier analog zum englischen „race“ als analytische Kategorie verwendet, um Formen und Prozesse der Rassifizierung zu verstehen. Keineswegs wird hier von unterschiedlichen menschlichen „Rassen“ ausgegangen.

3 Damit ist nicht gesagt, dass meine Auffassung von Souveränität die alleinige indigene Perspektive ausmacht. Allerdings ist die von mir gewählte Perspektive auf Souveränität als demokratische Selbstbestimmung jene, die aus meiner Sicht für die Demokratietheorie die größte Herausforderung darstellt.

Demokratie und die Kolonialität der Gewalt

Konstitutive Verwobenheiten und aktuelle Verdichtungen

Gundula Ludwig*

Schlüsselwörter: Kolonialität der Macht, Gewalt, Androzentrismus, Eurozentrismus, Subjektivierung, Relationalität, radikale Demokratietheorie

Abstract: Während liberalen Demokratietheorien Gewalt als das Andere von Demokratie gilt, haben post- und dekoloniale Theorien den Nachweis erbracht, dass Gewalt ein grundlegendes Element moderner Ordnungen und liberaler Demokratien ist. Von einem weiten Verständnis von Demokratie ausgehend, das diese auch als Lebensform und Subjektivierungsweise versteht, erörtert der Text erstens die Frage, auf welchen gewaltvollen diskursiven Voraussetzungen die Konstitution des Subjekts in der liberalen Demokratie beruht. Es wird dargelegt, wie die Figur des autonomen, souveränen Individuums auf der gewaltvollen „Kolonialität von Macht“ (Quijano 2000) beruht, das ein demokratisches Verständnis von Politik letztlich verunmöglicht. Aus intersektionaler Perspektive wird gezeigt, wie sich in der gewaltvollen Konstitution des demokratischen Subjekts Rassismus, Kolonialismus, Geschlechter- und Sexualitätsverhältnisse miteinander verschränken. Zweitens werden die Erkenntnisse zur Verwobenheit der ‚Kolonialität der Gewalt‘ und Demokratie in Dialog mit Ansätzen radikaler Demokratietheorie gebracht. Hier wird erörtert, wie die radikaldemokratische Kritik mittels post- und dekolonialer Perspektive rekonzeptualisiert werden muss, wenn sie auch die gewaltvollen Fundamente liberaler moderner Demokratie radikal kritisieren will. Daran anschließend wird drittens dargelegt, dass die gegenwärtige Krise der Demokratie aus der hier entwickelten Perspektive eine durchweg systemische ist. Die aktuelle Krise der Demokratie wird als Verdichtung des in der liberal-kolonialen Konstruktion des demokratischen Subjekts angelegten undemokratischen Subtextes ausgewiesen. Den Schluss des Textes bilden Überlegungen zu Wegen der Dekolonisierung von Demokratie.

Abstract: While liberal theories of democracy view violence as the opposite of democracy, post- and decolonial theories argue that violence is a fundamental element of liberal democracies. Based on a broad notion of democracy, which approaches democracy also as a form of life and a mode of subjectivation, the article unmasks first the violent discursive presuppositions of the subject of liberal democracy. I argue that the figure of the autonomous, sovereign individual is based on the violent „coloniality of power“ (Quijano 2000) that ultimately makes democratic politics impossible. From an intersectional perspective, I further argue how racist, colonial, gendered and sexual relations of power are intertwined in the violent constitution of the democratic subject. Second, these insights of the ‘coloniality of violence’ as foundation of liberal democracies are brought to a dialogue with radical democratic theory. Third, I argue that the current crisis of democracy is a systemic one deriving from the ‘coloniality of violence’ inherent in liberal democracies and its political subjects. The article concludes by offering preliminary reflections on ways of decolonizing democracy.

* Gundula Ludwig, Universität Innsbruck
Kontakt: gundula.ludwig@uibk.ac.at

„Im Grunde war die moderne Demokratie seit ihren Anfängen darauf angewiesen, sich in ein quasimythologisches Gewand zu kleiden, um den kontingenten Charakter ihrer Grundlagen und die in ihren Fundamenten angelegte Gewalt zu verbergen.“

(Mbembe 2017: 48)

Gewalt wird in liberalen Demokratietheorien gemeinhin als das Andere von Demokratie ausgewiesen. Die Befriedung und ‚Zivilisierung‘ von Gewalt gilt geradezu als Merkmal liberaler moderner Demokratien. Das Gewaltmonopol des Staates gepaart mit der Selbstbeherrschung der mit Vernunft ausgestatteten Bürger*innen werden als Garant dafür gesehen, dass Gewalt gezähmt und lediglich zu einer Ausnahmeerscheinung in Demokratien werden konnte. Dieses Narrativ wurde von vielen post- und dekolonialen Theoretiker*innen zurückgewiesen, indem gezeigt wurde, dass die Herausbildung moderner westlicher Demokratien unauflöslich mit der Etablierung einer auf Gewalt beruhenden kolonialen Weltordnung verbunden ist. Einer derjenigen Ansätze, die eine radikale postkoloniale Kritik an Demokratie formulieren, und die die Kritik an der Gewaltförmigkeit westlicher Demokratien nicht nur auf die Institution Demokratie, sondern ebenso auf die mit dieser verwobenen Lebensweisen bezog, wurde von Achille Mbembe erarbeitet, dessen Überlegungen den Ausgang für den vorliegenden Text bilden. Für Mbembe gibt es „keine Demokratie ohne ihre Doppelgängerin, ihre Kolonie, ganz gleich, wie man sie nennt oder welche Struktur sie besitzt. [...] Die Demokratie trägt die Kolonie tief in sich, und die Kolonie trägt die Demokratie – oft in Gestalt von Masken“ (Mbembe 2017: 45). Moderne liberale Demokratien tolerieren, ermöglichen und konstituieren von Beginn an physische, psychische, strukturelle, institutionalisierte und epistemische Gewalt (vgl. ebd.: 36). Mbembe sieht moderne liberale Demokratien daher von jeher als auf zwei Ordnungen beruhend: Neben der „Gemeinschaft der Gleichen, in der zumindest theoretisch der Gleichheitsgrundsatz herrscht“, existiert eine „ebenfalls gesetzlich etablierte Gruppe von Nichtgleichen oder Menschen ohne Teilhabe“ (ebd.: 37). Moderne liberale Demokratien bildeten sich folglich als „*Gemeinschaft der Trennung*“ (ebd.; Hervorhebung im Original) heraus. Legitimiert wurde diese Gleichzeitigkeit zweier Ordnungen durch Rassismus und die aus diesem resultierende Entmenslichung und Entrechtlichung von Schwarzen Menschen, indigenen Menschen und *People of Color*.

Dass sich die liberale moderne westliche Demokratie als ‚Gemeinschaft der Trennung‘ etablierte, zeigt sich im Inneren der jeweils nationalstaatlich verfassten Demokratien ebenso wie in deren ‚Äußerem‘: In den Demokratien, die sich wie etwa die USA als „demokratischer Sklavenstaat“ (Mbembe 2017: 36) etablierten, schloss die ‚Gemeinschaft der Gleichen‘ Sklav*innen aus, zugleich aber prägte dieser Ausschluss und die alltägliche Gewalt der Sklaverei ebenso wie die Plantagenwirtschaft die Vorstellung darüber, was ‚Politik‘ in einer Demokratie sein solle¹. Die ‚Demokratien‘ der europäischen Nationalstaaten, die zugleich Kolonialmächte waren, waren ebenso selektiv, beruhten sie doch auf Gewaltregimen in den Kolonien. Der vermeintliche „innere Frieden“ beruhte hier daher, so Mbembe, „zu einem großen Teil auf Gewalt in der Ferne“ (ebd.: 41), den Kolonien. Die Gewalt der Demokratien wurde in die Kolonien ausgelagert (vgl. ebd.: 52). Das Kolonialrecht entzog sich der Trennung von legaler und illegaler Gewalt, was dazu führte, dass der Alltag der Kolonisierten durch „rohe, weil uneingeschränkte Gewalt“ (ebd.: 53) gekennzeichnet war. Diese Gewalt blieb jedoch ungeahndet oder blieb durch die Interpretation als vermeintlicher ‚Notwehr‘ straffrei (vgl. ebd.: 54). Auch darin zeigt sich, dass sich Demokratie dem Gleichheitspostulat

1 Vgl. zu den *Entanglements* von Versklavung und Demokratie u.a. Du Bois 2014 und auf der Ebene der Theoriebildung u.a. Buck-Morss 2009.

Sexualpolitische Dimorphismen

Populistischer Homozivilisationismus als rechtes Zukunftsprojekt

Marco Bitschnau*

Schlüsselwörter: LGBTQ*, Liberalismus, Rechtspopulismus, Homozivilisationismus, Homonationalismus, Sexualpolitik, Islam

Abstract: Der vorliegende Beitrag befasst sich mit sexualpolitischen Positionierungen innerhalb des europäischen Rechtspopulismus. Vor dem Hintergrund der beständig wachsenden Akzeptanz gleichgeschlechtlicher Beziehungen und des zugleich immer stärker aufscheinenden Nutzwertes der Thematik für die Popularisierung und Legitimierung islamfeindlicher Diskursmuster stellt sich für Rechtspopulist*innen zunehmend die Frage, inwieweit strategische Haltungswechsel in Fragen der Sexualpolitik eine erfolgversprechende Zukunftsperspektive darstellen. Ausgehend von einer näheren Betrachtung der rechtspopulistischen Positionsvarianz wird argumentiert, dass ein anti-islamisch grundlegender *Homozivilisationismus* als Variation des in der Literatur gängigen nationalstaatszentrierten *Homonationalismus* in West- und Mitteleuropa bereits in Ansätzen vorhanden ist und künftig wohl noch stärker akzentuiert werden dürfte.

Abstract: This contribution provides an overview of different positions on sexual politics within European right-wing populism. Against the backdrop of a growing acceptance of same-sex relationships and in light of the opportunities that this development may offer for the popularization and legitimization of anti-Islam discourses, right-wing populists are increasingly facing a strategic crossroads: Should they retain their skeptical stance or could a more liberal approach pay off in the future? Exploring right-wing populist positions across Europe, I argue that a decidedly anti-Islamic *homocivilizationism* – as a variant of the nation-state centered *homonationalism* to be found in the literature – is a salient trend in Western and Central Europe and likely to become even more pronounced in the future.

Dass der Rechtspopulismus, der seit geraumer Zeit in den Demokratien Europas und Nordamerikas die Alarmsirenen schrillen und Feuilletons erbeben lässt, viele Facetten kennt, ist ein Umstand, der bisweilen in Vergessenheit geraten mag. Allzu häufig liegt der Fokus der öffentlichen wie auch der akademischen Aufmerksamkeit stattdessen auf der – durchaus problematisierbaren – Mélange aus Autoritarismus, Chauvinismus und Systemkritik, die rechtspopulistische Parteien und Bewegungen von Córdoba bis Kopenhagen zu einen scheint; nicht etwa im Sinne eines kleinsten gemeinsamen Nenners, sondern als durchgehendes und mithin konstitutives Strukturelement. Gelegentlich wird in diesem Zusammenhang sogar von einer *Populistischen Internationalen* oder, wenn man stattdessen den nationalistischen Aspekt

* Marco Bitschnau, Universität Neuenburg
Kontakt: marco.bitschnau@unine.ch

stärker herausstellen möchte, einer *Nationalistischen Internationalen* gesprochen.¹ Völker (*populi*), hört die Signale in leicht abgeänderter Form also?

Nicht unbedingt. Denn auch wenn die genannten Formeln eingängig scheinen und in aller Regel die gewünschten Bilder hervorzurufen vermögen, nämlich die einer festgefügt Einheitsfront oder eines Wurzelgeflechts, das das politische Erdreich des alten Kontinents durchzieht, so erweisen sie sich bei näherer Betrachtung doch als recht verkürzt. Zwar gibt es medial inszenierte Zusammenkünfte und paneuropäische Kooperationen von Rechtspopulist*innen aus Nord und Süd, doch darf dieses Zurschaustellen von Einmütigkeit im *Europa der Vaterländer* nicht über die große Varianz rechtspopulistischer Programmpunkte jenseits von *Bread-and-Butter*-Themen wie Immigration und Identität hinwegtäuschen. Es genügt vollauf, einen vergleichenden Blick auf die Wirtschafts- und Industriepolitiken europäischer Rechtspopulist*innen zu werfen, und schon stößt man auf ein Positionenspektrum, das so ziemlich jede denkbare Option zwischen quasi-sozialistisch² und marktradikal miteinschließt. Ähnliche Muster finden sich auch in der Außen-, Umwelt- oder der im Rahmen dieses Beitrags näher behandelten Sexualpolitik.

1. Sexualpolitische Offenheit als industriestaatlicher Trend

Unter Sexualpolitik können dabei zunächst alle Einzelpolitiken subsumiert werden, die sich mit der Sexualität der der Staatsmacht unterworfenen Subjekte befassen oder diese tangieren, unabhängig davon, ob es sich um Bürger*innen oder Nichtbürger*innen im staatsrechtlichen Sinne handelt. Sexualität ist dabei als biologische wie auch als soziale Kontur zu verstehen und Sexualpolitik folglich als Politikfeld, das die Biologie (Körperpolitik) wie auch die Sozialität (Gesellschaftspolitik) gleichermaßen berührt. In diesem Beitrag wird der Begriff freilich noch einmal enger gefasst, nämlich als politisches Maßnahmenbündel, das auf die sexuelle Identität abzielt und nicht auf die sexuelle Praktik. Nun könnte man einwenden, dass es für den genannten Sachverhalt doch spezifischere Begriffe gebe, die an dieser Stelle aber nur bedingt überzeugen können. So sind Queerpolitik und LGBTQ*-Politik zwar durchaus gängig, suggerieren aber ein progressives Gestaltungsversprechen und Emanzipationsbekenntnis, das sich nur schwer mit dem Sujet der folgenden Seiten vereinbaren ließe. Denn während ein Qualifizierungsausdruck wie *rechtspopulistische Sexualpolitik* ein weites Spektrum an Deutungsschemata eröffnet, insinuiert *rechtspopulistische Queerpolitik* gerade dort eine Form von Authentizität und aufrichtigem Bemühen um die Sache, wo von der Substanz losgelöstes politstrategisches Taktieren den mutmaßlich vorherrschenden Handlungsantrieb darstellt. Wenn auf den folgenden Seiten also von Sexualpolitik die Rede ist, dann immer in Bezug auf sexuelle Identität – konkret auf jene von der Norm abweichenden Identitäten, die politisch überhaupt erst beispiel- und kultivierbar gemacht werden können: Homosexualität, Bisexualität, Transidentität und andere.

Für die industrialisierte Welt im Allgemeinen und Europa im Besonderen fallen hier zwei distinkte Entwicklungsstränge ins Gewicht. Zum einen ist da der Umstand, dass sich die

1 Der Ausdruck ist gerade in der deutschsprachigen Presse durchaus verbreitet (vgl. bspw. Schaible 2017).

2 Man denke nur an den auf Autarkie, Protektionismus und einen gut ausgebauten Sozialstaat setzenden Rassemblement National (RN; ehemals Front National) in Frankreich.

Die Figur des aktiven Bürgers in der politischen Ideengeschichte

Republikanisches Ethos und demokratisches Selbstverständnis

Skadi Krause*

Schlüsselwörter: Transformation der Demokratie, Republikanismus, Gemeinsinn, politisches Handeln, Bürger

Abstract: Behandelt werden in diesem Aufsatz die wichtigsten Diskursfelder zur Figur des aktiven Bürgers in der politischen Ideengeschichte. Der Rekurs auf die republikanische Tradition dient dabei als Mittel politiktheoretischer Selbstverständigung und normativer Orientierung, insofern er es ermöglicht, heutige Differenzen zu markieren und, was noch weit entscheidender ist, historische Transformationsprozesse zu beschreiben, die unser heutiges demokratisches (Selbst-)Verständnis bestimmen und formen.

Abstract: This essay deals with the most important areas of discourse on the figure of the active citizen in the history of political ideas. Recourse to the republican tradition serves as a means of political-theoretical self-understanding and normative orientation, insofar as it makes it possible to highlight today's differences and, what is even more decisive, to describe historical transformation processes that determine and shape our current democratic (self) understanding.

In der heutigen Debatte ist es unstrittig, dass eine Demokratie aktive Bürger*innen braucht, die sich für ihre politische Gemeinschaft interessieren und engagieren. Allerdings gibt es unterschiedliche Ansichten darüber, wie viele aktive Menschen eine funktionierende Demokratie benötigt und was politisches Engagement überhaupt bedeutet (vgl. Glaab 2016). Neben Appellen an eine aktive Wählerschaft und breites ehrenamtliches Engagement gibt es große Zweifel an direkter politischer Mitwirkung und der politischen Urteilsfähigkeit der Bürger*innen (vgl. Roth 2016). Eine zeitdiagnostische politische Theorie, der an einer adäquaten Beschreibung des Problems bürgerschaftlichen Engagements in modernen demokratischen Gesellschaften gelegen ist, sollte sich deshalb zunächst um eine unvoreingenommene Bestandsaufnahme bemühen, von welchem ideengeschichtlich überlieferten Konzept die Rede ist, wenn vom aktiven Bürger gesprochen wird, und welche Vorstellungen von Politik und Gesellschaft damit verbunden sind. Das schließt die Frage ein, ob diese noch geeignet sind, das Politikverständnis heutiger Bürger*innen einzufangen und normativ anzuleiten, denn dass die Debatte so gespalten ist, hat nicht nur etwas mit unterschiedlichen argumentativen und epistemischen Bezugspunkten zu tun, sondern ist zu einem Großteil auch auf die unhinterfragte und einseitige Orientierung an traditionellen Leitbildern zurückzuführen.

Deshalb sollen in diesem Aufsatz zunächst die wichtigsten republikanischen Diskursfelder zum aktiven Bürger umrissen werden, um das Potenzial, aber auch die Schwachstellen

* Skadi Krause, TU Darmstadt
Kontakt: skadi.krause@tu-darmstadt.de

dieser langen Tradition des Denkens für die zeitgenössische Politik hervorzuheben. Der Rekurs auf die Ideengeschichte dient dabei als Mittel der politiktheoretischen Selbstverständigung und normativen Orientierung. Er soll dabei helfen, die Differenzen zum deutlich jüngeren liberalen Diskurs zu markieren und, was noch weit wichtiger ist, historische Transformationsprozesse zu beschreiben, die dabei helfen können, unser heutiges demokratisches (Selbst-)Verständnis besser zu bestimmen und es von älteren republikanischen Darstellungen abzugrenzen. Aktuelle Vorstellungen von Bürger*innen, die an der Politik teilnehmen, inkludieren nämlich nicht nur Gruppen, deren Staatsbürgerschaftsstatus jahrhundertlang problematisch war (vgl. Lister 2007), sondern eröffnen auch neue Beteiligungsmöglichkeiten, die über bestimmte Arrangements formaler Rechtsansprüche, organisierte Formen des öffentlichen Protestes und das Engagement in politischen Vereinen und Parteien weit hinausgehen. Heute erleben wir eine Zunahme von Bürger*innendialogen, Bürger*innenhaushalten, Bürger*innenjurs, Bürger*innenkonsultationen etc. Behörden bemühen sich darum, die digitalen Möglichkeiten auszuschöpfen, um Transparenz und neue Beteiligungsmöglichkeiten zu schaffen (vgl. Barnes/Newman/Sullivan 2007). Dies alles erweitert das Bild von den Rechten, Pflichten, Verantwortlichkeiten und Möglichkeiten moderner Staatsbürgerschaft (vgl. Doheny 2007; Jenson/Philips 2001). Und es verändert die Logik politischer Partizipation, wenn nicht mehr nur die Bürger*innen aufgefordert sind, für ihre Rechte und Freiheiten zu streiten, sondern auch staatliche Behörden verpflichtet werden, ihr vormals exklusives Verwaltungswissen so transparent wie möglich zu gestalten und Bürger*innen bei der Umsetzung von Verfahren immer wieder aktiv einzubeziehen.

1. Der aktive Bürger im republikanischen Diskurs der Antike und der frühen Neuzeit

Die Figur des aktiven Bürgers wird in der politischen Theorie seit der Antike immer wieder thematisiert. Bereits Perikles hat in seinen von Thukydides überlieferten Reden an die Bürger Athens appelliert, sich aktiv für das Gemeinwesen zu engagieren und öffentlichen Gütern die gleiche Aufmerksamkeit zu widmen wie privaten. Die politische Gemeinschaft, wie Perikles sie stilisierte, war auf aktive Bürger geradezu angewiesen, weil sie sich nur so vor inneren und äußeren Feinden schützen konnte. Politisches Engagement war für Perikles aber mehr als bloß eine Funktionsvoraussetzung und Überlebensgarantie des Gemeinwesens; er begriff es zugleich als den erfolgversprechendsten Weg menschlicher Selbstverwirklichung, als den Königsweg gelingenden Lebens schlechthin (vgl. Thukydides 1973: 143).

Aufgegriffen hat diesen Gedanken, dass menschliche Selbstverwirklichung und politisches Engagement miteinander Hand in Hand gehen, unter anderem Aristoteles, der sich sowohl in der *Nikomachischen Ethik* wie auch in der *Politik* mit der Frage beschäftigte, was die höchste und beste Form menschlichen Lebens sei. Abseits der politischen Sphäre, so das tragende Argument in der *Politik*, gebe es keine menschliche Selbstverwirklichung, kein gelingendes Leben. Erst im Diskurs der Bürger über ihr Gemeinwesen seien sie im Selbstentwurf frei und gleich. Dagegen ebne ein breiter Rückzug der Bürger aus dem öffentlichen Leben einer Herrschaft von Despoten und Tyrannen den Weg, die auch das Gemeinwesen als solches zerstören können. Es waren also zusammengekommen zwei Argumente, auf die sich